Bezirksverordnetenversammlung
Steglitz-Zehlendorf von Berlin

N i e d e r s c h r i f t
24. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bau und Verkehr

Sitzungstermin:	Donnerstag, 09.09.2004
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr
Sitzungsende:	18:20 Uhr
Ort, Raum:	Rathaus Zehlendorf, BVV-Saal

Anwesend:

Frau Ehlgötz, Barbara	CDU
Herr Eichstädt, Klaus	CDU
Herr Kopp, Norbert	CDU
Herr Mückisch, Frank	CDU
Frau Kölsch, Juliana	SPD
Herr Kugler, Klaus	SPD
Herr Ronnisch, Detlev	SPD
Herr Weihe, Klaus-Dieter	SPD
Herr Kühnast, Frank	FDP
Frau Sunkel, Dagmar	FDP
Herr Hampel, Ulf	GRÜNE
Herr Holz, Mathias Oliver	CDU (BD)
Herr Pick, Rafael	CDU (BD)
Herr Volkmann, Dietrich	SPD (BD)
Herr Timm, Peter	GRÜNE (BD)
Herr Jahnke, Henry	CDU (St. BD)

Vom Amt:
BzStR Laschinsky *(in Vertretung für BzStR Stäglin)*
Tief 3 Hr. Stumpe
BVV 1 Dr. Konrad, Protokoll

Tagesordnung:

TOP 1	Wahl eines/einer Ausschussvorsitzenden
TOP 1.1	Öffentliche Bürgerfrageviertelstunde
TOP 2	Bericht über das Verkehrskonzept 'BVG 2005 plus - das neue Netz' (bezogen auf Steglitz-Zehlendorf)
TOP 3	Anträge
TOP 3.1	ÖPNV in Lichterfelde Süd / Thermometersiedlung Drs.: 1237/II – CDU

TOP 3.2 Wirtschaftsförderung in den Tourismusgebieten von Steglitz-Zehlendorf
Drs.: 0924/II – FDP

TOP 3.3 Verkehrskonzept für den Standort 'Ausflugslokal Alte Fischerhütte'
Drs.: 1177/II – CDU

TOP 3.4 Baumaßnahmen im Bereich des S-Bahnhofes Lankwitz
Drs.: 1181/II – CDU

TOP 3.5 Schreibweise von Straßennamen mit 'ß'
Drs.: 1182/II – CDU

TOP 3.6 Tempo 30 zwischen Seehofstraße und Sundgauer Straße
Drs.: 1186/II (neu) - SPD/GRÜNE

TOP 3.7 U 1 bis Mexikoplatz
Drs.: 1187/II – CDU

TOP 3.8 Zebrastreifen Kuhligshofstraße
Drs.: 1226/II – GRÜNE

TOP 3.9 Tempo 30 vor dem Stadion Lichterfelde
Drs.: 1228/II (neu) – GRÜNE

TOP 4 Bericht aus dem Bezirksamt
u.a. Einrichtung der Ordnungsämter

TOP 5 Verschiedenes

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhalten die Mitglieder des Ausschusses vom BVV-Büro Kopien des Schreibens von BzStR Stäglin vom 01.09.2004 mit dem Betreff ausgehändigt „Unterrichtung des Ausschusses für Bau und Verkehr über den Mittelabfluss im Baubereich. Beschluss der BVV vom 15.05.2002 (Drucksache Nr. 111/II)“.
Der Schriftführer des Ausschusses, Herr BV Kühnast, eröffnet die Sitzung mit dem Hinweis, dass der zusätzliche TOP 1.1. – Bürgerfrageviertelstunde – in die Tagesordnung aufgenommen wird. In Hinblick auf die Anwesenheit von Vertretern der BVG wird außerdem mit Einverständnis des Ausschusses die Behandlung der Drs. Nr. 1237/II vorgezogen.

Protokoll:

zu 1 Wahl eines/einer Ausschussvorsitzenden

Der Schriftführer des Ausschusses, Herr BV Kühnast, teilt mit, dass der bisherige Vorsitzende Herr Körner, am 01.07.2004 durch die Ernennung zum Richter des Landes Berlin sein Bezirksverordnetenmandat verloren hat, so dass ein neuer Ausschussvorsitzender gewählt werden muss. Der CDU-Fraktion stehe das Recht zu, einen Bezirksverordneten für dieses Amt vorzuschlagen. Die CDU-Fraktion schlägt Herrn BV Eichstädt vor. Dieser wird bei einer Abstimmung bei keiner Nein-Stimme und einer Enthaltung einstimmig gewählt. Herr Eichstädt übernimmt den Vorsitz.

Vor Behandlung der weiteren Tagesordnung informiert der neue Vorsitzende über Schwierigkeiten beim Geschäftsgang der Protokolle der beiden letzten Ausschusssitzungen. Der Protokollentwurf für die 22. Sitzung vom 26.05.2004 wurde zwar vom Schriftführer Herrn Kühnast geprüft und abgezeichnet; der bisherige Ausschussvorsitzende Herr Körner erklärte jedoch, nach seinem Ausscheiden aus der BVV und seiner Ernennung zum Richter dürfe er sich nicht mehr offiziell mit Dokumenten der BVV befassen, und der Stellv. Vorsitzende Herr BV Lepeniotis hatte an der Sitzung nicht teilgenommen.

Bei der 23. Sitzung des Bauausschusses am 23.06.2004 waren weder der Stellv. Vorsitzende Herr Lepeniotis noch der Schriftführer Herr Kühnast anwesend. Da Herr Körner auch hier geltend macht, dass er sich nicht mehr mit dem Protokollentwurf befassen darf, ist jetzt niemand da, der den Entwurf des Amtes prüfen könnte.

Der Ausschuss stimmt dem Vorschlag des neuen Vorsitzenden zum, dass er die beiden Protokollentwürfe prüft und abzeichnet, da er an den beiden Sitzungen als Bezirksverordneter teilgenommen hat.

zu 1.1 Öffentliche Bürgerfrageviertelstunde

Die Bürgerin Frau Fahrmann stellt ausführlich ihr seit sieben Jahren bestehendes Nachbarschaftsprojekt „Zukunftshäuschen“ in der Sachtlebenstraße 32 vor, das in einem vom Bezirksamt gemieteten Gebäude durchgeführt wird. Sie berichtet, inzwischen sei das Dach sehr kaputt und müsse dringend völlig neu gedeckt werden, damit der Dachstuhl nicht leidet. BzStR Laschinsky, der an der Sitzung in Vertretung für BzStR Stäglin teilnimmt, erklärt, das Amt werde prüfen, ob es instandhaltungspflichtig sei. Sollte dies nicht der Fall sein, rät er Frau Fahrmann, Sondermittel der BVV zu beantragen.
Der Vorsitzende bittet das Amt, in der nächsten Sitzung des Ausschusses über die Prüfung zu berichten.

Ein weiterer Bürger (Hr. Reimer) berichtet, dass vor dem Lidl-Markt bzw. dem Baumarkt am Hüttenweg geparkt werde, ohne dass an dieser Stelle auch ein Bürgersteig vorhanden sei, so dass Fußgänger sich an dieser Stelle entweder durch die geparkten Autos durchschlängeln oder auf der Straße gehen müssen. Er schlägt die Einrichtung eines Fußweges oder ein Parkverbot an dieser Stelle vor.
BzStR Laschinsky erklärt, er werde das Anliegen des Bürgers an BzStR Stäglin weiterleiten und diesen bitten, in der nächsten Sitzung des Ausschusses zu berichten.

zu 2 Bericht über das Verkehrskonzept 'BVG 2005 plus - das neue Netz' (bezogen auf Steglitz-Zehlendorf)

Der Vorsitzende begrüßt als Vertreter der BVG Herrn Kraft-Neuhäuser und Herrn Rabe von der Abt. Verkehrs- und Angebotsentwicklung der BVG. Herr Kraft-Neuhäuser stellt Herrn Gerd Huwe vor, der bei der BVG künftig der Bezirks- und Zielgruppenmanager für den Bezirk Steglitz-Zehlendorf sein wird. Er berichtet weiterhin, dass der Senat am 31.08.2004 seine Zustimmung zum neuen Verkehrskonzept der BVG „BVG 2005 plus“ gegeben hat. Herr Rabe erklärt, er gehe davon aus, dass die Mitglieder des Ausschusses über das neue Verkehrskonzept grundsätzlich informiert sind, so dass er nur Veränderungen für den Bezirk erläutern werde. Die Fraktion der SPD weist darauf hin, dass der letzte Informationstand der BVV der 12.07.2004 ist und bittet Herrn Kraft-Neuhäuser, den neuesten Stand noch einmal schriftlich darzustellen und mit dem Protokoll den Ausschussmitgliedern zuzusenden. Herr Kraft-Neuhäuser sagt dies zu.

*<u>Anmerkung zum Protokoll:</u> Da diese Darstellung als **Anlage 1** dem Protokoll beigefügt ist, wird im folgenden nur die Diskussion darüber nachvollzogen. Zu dieser Diskussion vgl. auch den folgenden TOP 3.1)*

Der Bürger Herr Rebele vom Behindertenbeirat erhält auf seine Nachfrage hin von den Vertretern der BVG Auskunft über die künftige ÖPNV-Anbindung des Waldfriedhofs.
Ein weiterer Bürger, Herr von Lehmann, erklärt, es sei zwar nachvollziehbar, wenn die BVG die parallel zu S-Bahn führende Strecke des 112-er Busses streicht. Er bittet jedoch, die neue, über die Spanische Allee führende Linie 211 einmal pro Stunde über die alte Schlachtenseer Strecke des 112-er Busses fahren zu lassen, um von dort – besonders für die älteren Anwohner - eine direkte Busverbindung nach Zehlendorf Mitte zu schaffen. Die Anwohner könnten sich leicht auf einen solchen Einstundentakt einstellen.
Herr Kraft-Neuhäuser weist auf die Probleme hin, die bei einer solchen geteilten Streckenführung entstehen würde, da die an feste Strecken gewöhnten Fahrgäste dann häufiger nicht ihr Ziel kämen, wenn der Bus unerwartet eine alternative Strecke fährt.
Der Vorsitzende bittet die BVG zu prüfen, ob und wie die Bitten der Bürger in das Verkehrskonzept einbezogen werden können.

zu 3 Anträge

zu 3.9 ÖPNV in Lichterfelde Süd / Thermometersiedlung
(vorgezogen) **Drs.: 1237/II – CDU**

Herr Rabe von der BVG erklärt, dass die Streckenführung des 277-er Busses vom S-Bahnhof Mariendorf in Richtung Lichterfelder Ring zugunsten einer anderen Verbindung aufgegeben werden soll. Hierdurch habe das Seniorenzentrum Lichterfelde keine direkte Verbindung nach Steglitz mehr. Allerdings ermögliche die 284-er Linie – mit einer Umsteigemöglichkeit in Lankwitz – eine relativ problemlose Verbindung, wobei die Haltestelle dieser Linie etwa 100 bis 200 m von dem Seniorenzentrum entfernt sei. Für die Schüler der Hermann-Ehlers-Schule gebe es mit dem 182-er Bus eine ähnlich problemlose Verbindung von der Thermometer-Siedlung zu ihrer Schule.

Die Fraktion der SPD kritisiert, dass die Besucher des Seniorenzentrums Celsiusstraße nicht von der BVG bedient würden, sondern künftig längere Wege gehen müssten. Herr Rabe erklärt, dies sei richtig, doch habe die BVG in diesem zwischen zwei Bahnhöfen gelegenen Gebiet die Buslinien gebündelt, damit sie auf dem kürzesten Weg zum Ziel kommen.
Die Fraktion GRÜNE erklärt, sie akzeptiere das Konzept. Man sollte es umsetzen und dann auf die Reaktion der Fahrgäste warten.
Die Fraktion der SPD erklärt, sie begrüße die Änderungen im Bereich des 285-er Busses; in der Celsiusstraße sollte die Linienführung wegen der betroffenen Senioren jedoch noch einmal überprüft werden.
Herr Kraft-Neuhäuser erklärt, die BVG werde zu einer genaueren Feststellung der Lage jemand aus ihrem Kontaktbereich zu dem betroffenen Seniorenwohnheim schicken.
Der Antrag wird vertagt.

zu 3.1 Wirtschaftsförderung in den Tourismusgebieten von Steglitz-Zehlendorf
Drs.: 0924/II – FDP

BzStR Laschinsky erklärt, dass es zwar künftig insofern Erleichterungen für Geschäftsleute geben soll, die Werbeträger u.ä. auf öffentliches Straßenland stellen wollen, als sie die Anträge dann nur noch bei der Straßenverkehrsbehörde stellen müssen. Der Wunsch des Antrags, eine vollkommen gebührenfreie Aufstellung zu erreichen, werde über einen BVV-Beschluss jedoch kaum möglich sein. Zu den Problemen, die von den Geschäftsleuten geltend gemacht werden,

gehören weniger die Gebühren, die sie für das Herausstellen von Tischen und Stühlen für einen kleinen Schankbetrieb bezahlen müssen, als die Toiletten, die bisher ebenfalls bereit gestellt werden mussten.
Die Fraktion der CDU ändert den Antrag wie folgt:

„Die Bezirksverordnetenversammlung möge beschließen:
Dem Bezirksamt wird empfohlen, sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, dass die Attraktivität unseres Bezirks Steglitz-Zehlendorf dadurch gesteigert wird, dass der vorhandene Vorschriften- und Gebührendschungel gelichtet wird.
So sollte den Geschäftsleuten und Gewerbetreibenden in den bezirklichen Tourismusgebieten das konzessionsfreie Herausstellen von bis zu 10 Sitzplätzen und das Aufstellen von Fahrradständern und Werbeträgern ermöglicht werden."

Bei einer Abstimmung wird der Antrag in der geänderten Fassung mit 13 Ja-Stimmen und keiner Nein-Stimme bei 2 Enthaltungen angenommen.

zu 3.2 Verkehrskonzept für den Standort 'Ausflugslokal Alte Fischerhütte'
Drs.: 1177/II – CDU

BzStR Laschinsky teilt mit, dass der Eigentümer der Alten Fischerhütte eine eigene Verkehrsuntersuchung hat durchführen lassen, die derzeit vom Bezirksamt geprüft wird. Die Fraktionen werden eine Kopie erhalten. Aus Sicht des Amtes sei der Antrag damit erledigt.
Der Antrag wird vertagt, bis das Papier vorliegt.

zu 3.3 Baumaßnahmen im Bereich des S-Bahnhofes Lankwitz
Drs.: 1181/II – CDU

Bei einer Abstimmung wird der Antrag mit 14 Ja-Stimmen und keiner Nein-Stimme bei keiner Enthaltung angenommen.

zu 3.4 Schreibweise von Straßennamen mit 'ß'
Drs.: 1182/II – CDU

BzStR Laschinsky erklärt, dass sich die Schreibung der Straßennamen nach dem Zeitpunkt der Benennung richte, d.h., die Schloßstraße werde auch künftig mit „ß" geschrieben. Künftige Straßennamen werden jedoch nach der neuen Rechtschreibung geschrieben. Das Bezirksamt könne daher bei der Schreibung von Straßennamen nicht selbst entscheiden, sondern höchstens an die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung appellieren, die entsprechenden Ausführungsvorschriften zu ändern.
Der Antrag wird vertagt.

zu 3.5 Tempo 30 zwischen Seehofstraße und Sundgauer Straße
Drs.: 1186/II (neu) - SPD/GRÜNE

Die Fraktion der SPD erläutert, sie sei von Bürgern darauf hingewiesen worden, dass sich am genannten Abschnitt der Mühlenstraße eine Kindertagesstätte befindet und dass die Kinder durch den Verkehr gefährdet seien. Die FDP-Fraktion erklärt, sie sehe hier kein Problem. Zum einen habe eine Kita andere Schlusszeiten als Schulen, wo nach Unterrichtsende immer sehr viele Kinder auf die Straße strömen. Zum anderen würden Kita-Kinder normalerweise von ihren Eltern abgeholt, die auf den Verkehr achten.
Bei einer Abstimmung wird der Antrag mit 6 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen abgelehnt.

zu 3.6 U 1 bis Mexikoplatz
Drs.: 1187/II – CDU

Die Fraktionen von SPD und GRÜNE erklären, das Projekt sei zwar wünschenswert, doch gebe es derzeit kaum Realisierungsmöglichkeiten. Allerdings deute schon das im Antragstext gebrauchte Wort „sich weiter dafür einzusetzen“ darauf hin, dass auch der Antragsteller im Augenblick wenig Chancen für eine baldige Umsetzung sieht.
BzStR Laschinsky berichtet, die Trasse sei aus dem derzeitigen FNP herausgenommen worden; im Stadtentwicklungsplan Verkehr gebe es jedoch eine Option bis 2030. Auf Nachfrage konnte beim Verkehrssenator keine Auskunft gegeben werden, wann diese Option konkretisiert werden könnte.
Bei einer Abstimmung wird der Antrag mit 14 Ja-Stimmen bei keiner Nein-Stimme und keiner Enthaltung angenommen.

zu 3.7 Zebrastreifen Kuhligshofstraße
Drs.: 1226/II – GRÜNE

BzStR Laschinsky erklärt, die Kuhligshofstraße sei mit Tempo 30 ausgewiesen, was in der Regel bedeute, dass nicht noch ein Fußgängerüberweg gesondert eingerichtet wird. Das Bezirksamt schätzt den LKW-Verkehr an dieser Stelle als gering ein. Da der Verkehrsfluss von anderen Ampeln – z.B. an der Albrechtstraße – geregelt wird, entstehen auch in der Kuhligshofstraße genügend Verkehrslücken zum gefahrlosen Überqueren der Straße.
Ein Bürger, dem Rederecht erteilt wird, erklärt, die Autos würden durch die Straße „hindurchrasen“. Die Fraktionen von CDU, SPD und FDP erklären, aufgrund der dort gegebenen Straßenführung gebe es gar keine Möglichkeit zu Rasen.
Bei einer Abstimmung wird der Antrag mit 2 Ja-Stimmen und 12 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung abgelehnt.

zu 3.8 Tempo 30 vor dem Stadion Lichterfelde
Drs.: 1228/II (neu) – GRÜNE

BzStR Laschinsky erklärt, die Schilder für Tempo 30 seien am heutigen Tag installiert worden. Auch die Ampel sei von der Straßenverkehrsbehörde bereits angeordnet worden, wenngleich sie auch nicht vor 2005 aufgestellt werden kann.
Die Fraktion GRÜNE ändert den Antrag wie folgt:
„Die Bezirksverordnetenversammlung möge beschließen:
Das Bezirksamt wird ersucht, sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, dass im Eingangsbereich des Stadions Lichterfelde am Ostpreussendamm ein Fußgängerüberweg eingerichtet wird.“
Bei einer Abstimmung wird der Antrag in der geänderten Fassung mit 2 Ja-Stimmen und 12 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung abgelehnt.

zu 4 Bericht aus dem Bezirksamt
u.a. Einrichtung der Ordnungsämter

BzStR Laschinsky berichtet über

1. die Einrichtung eines bezirklichen Ordnungsamtes, das als ein der Abt. Bauwesen zugeordnetes Kern-LuV seinen Dienstbetrieb am 01.09.2004 im Gebäude Unter den Eichen 1 aufgenommen hat. .

Folgende Mitarbeiter sind zurzeit im Ordnungsamt tätig:

- 28 Angestellte in der Parkraumüberwachung
- 17 Angestellte in der Überwachung des ruhenden Verkehrs
- 9 Mitarbeiter der bezirklichen Straßenverkehrsbehörde
- 4 Mitarbeiter in der Verwaltung

} die bereits mit diesen Aufgaben beschäftigt waren

Der Allgemeine Ordnungsdienst („Kiez-Streifen“), der 22 Mitarbeiter umfassen wird, ist noch nicht funktionstüchtig.
Aus Kostengründen soll der Allgemeine Ordnungsdienst aus dem Personalüberhang des Landes Berlins, auf freiwilliger Basis, gewonnen werden.
Der Bezirk Steglitz-Zehlendorf verfügt über keinen Personalüberhang, auf den jetzt zurückgegriffen werden kann. Dennoch wurden 17 Mitarbeiter aus dem Bezirk Steglitz-Zehlendorf und anderen Behörden für den Allgemeinen Ordnungsdienst gewonnen.
Sieben Mitarbeiter/innen werden zur Zeit auf ihre Aufgaben in der Landespolizeischule vorbereitet (8-wöchiger Lehrgang). Die weiteren Mitarbeiter werden nach Freigabe von ihren Dienststellen zum Lehrgang bei der Landespolizeischule angemeldet.
Für fünf Polizeiangestellte im Objektschutz wurde eine Freigabe vom Polizeipräsidenten in Berlin verweigert. Es wurde mitgeteilt, dass eine Abordnung mit Blick auf die Personalsituation im Bereich der Objektschütze nicht möglich ist.

2. den vom Senat vorgelegten Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Rechtsvereinfachung und Entbürokratisierung (vgl. ***Anlage 2***);

3. den Stand des seit 2002 vorgesehenen Umbaus des Spielplatzes Paulsenstraße/Herderstraße, der wegen massiver Anwohnerbeschwerden über Lärmemissionen mit einer Lärmschutzwand versehen werden soll. Hiergegen gibt es wiederum Anwohnerproteste.
   BV Kopp hält eine hohe Betonwand insbesondere wegen der Gefahr von Graffiti, aber auch aus ästhetischen Gründen für unzweckmäßig und bittet, das Bauvorhaben in der nächsten Ausschuss-Sitzung noch einmal vorzustellen und bis dahin auf Bauarbeiten zu verzichten.

4. Lichtsignalanlagen und Fußgängerüberwege im Bezirk:
   Dem FB Tiefbau liegen inzwischen zwei straßenverkehrsbehördliche Anordnungen über Fußgängerüberwege vor: Klingsorstr. / Dalandweg und Klingsorstr. / Barsekowstr. Die Senatserwaltung für Stadtentwicklung ist um Finanzierung gebeten worden. Eine Antwort steht noch aus.
   Die LSA Schloßstr. / Grunewaldstr. / Albrechtstr. ist mit behindertengerechten Rillenplatten ausgerüstet. Der Umbau der Signalgeber (blindengerecht) wird jedoch noch ca. drei bis vier Wochen andauern.
   In der Wismarer Str. / Teltowkanal-Uferwanderweg wird eine Mittelinsel als Überquerungshilfe in Amtshilfe von SenStadt gebaut. Der Baubeginn steht unmittelbar bevor. Der Fußgängerüberweg in der Machnower Str. / Gutzmannstr. wird voraussichtlich am Freitag, dem 10.09.2004, hergestellt sein. Der Baubeginn der LSA Osdorfer Str. / Hildburghauser Str. (durch Aldi finanziert), steht unmittelbar bevor.

5. BSI-Förderung der Baumaßnahme Ringstraße:
   Die Arbeitsagentur hat für die Baumaßnahme Ringstraße eine Förderung bewilligt. Die ausführende Firma muss sich verpflichten, drei zusätzliche

Arbeitslose zu beschäftigen. Der Auftraggeber erhält dafür die Förderung, die sich hier auf ca. 170.000 € summiert. Damit werden im unmittelbaren Umfeld in den Nebenstraßen der Ringstraße Pflasterflächen instand gesetzt. Die Submission für diese Baumaßnahme wird Mitte September erfolgen.

6. den Umbau der Robert-W.-Kempner-Straße:
   Die von einem Ingenieurbüro erstellte Entwurfsplanung für den Umbau liegt vor. Die zurzeit 6 m breite Fahrbahn wird auf 7 m verbreitet, und die Gehwege werden hergestellt (Grundlage: Bebauungsplan). Ein Fuß- und Radweg zum Grünzug entlang der Bahn bzw. zur Brücke über die Bahn wird angelegt. Der Gleisübergang über die ZEUHAG am Dahlemer Weg muss angepasst bzw. erneuert werden. Die Kosten werden voraussichtlich ca. 240.000 € betragen. Zur Fertigung der endgültigen BPU sowie der Ausführungsplanung wurden die zu beteiligenden Leitungsverwaltungen und sonstigen Stellen angeschrieben. Ein Baubeginn noch in diesem Jahr wird zwar angestrebt, erscheint jedoch wegen der fortgeschrittenen Zeit und der früheren Behinderung durch Haushaltssperren, langwierigen Bearbeitungen zur Entsperrung der Mittel und der teilweisen aufwändigen Zusammenarbeit mit dem Ingenieurbüro als fraglich.

7. die Buswendekehre Lichterfelde-Süd:
   Die Submission für die Baumaßnahme hat stattgefunden. Der Baubeginn steht bevor.

zu 5 Verschiedenes

1. Die SPD-Fraktion erkundigt sich, welche Fahrzeuge das Amt für das neue Ordnungsamt anschaffen wird. BzStR Laschinsky erklärt, das Amt habe von der Polizei drei Fahrzeuge übernommen. Weitere Fahrzeug werden im übrigen nicht gekauft, sondern geleast, wobei die Wahl jedem Ordnungsamt freigestellt ist.

2. Die FDP-Fraktion bittet das Amt, in der nächsten Sitzung zur Planung des ehemaligen Alliiertenbahnhofs in Lichterfelde West zu berichten.

3. Die FDP-Fraktion bittet das Amt, in der nächsten Sitzung zur Schulwegsicherung auf der Seydlitzstraße zu berichten.

4. Die FDP-Fraktion bittet das Amt, in der nächsten Sitzung zur Planung für die Bismarckstraße 4 zu berichten (PLUS, LIDL, Tiefgaragenplätze).

5. Die Fraktion GRÜNE bittet das Amt, in einer der nächsten Sitzungen über das Radwegekonzept zu berichten.

Eichstädt
Ausschussvorsitzender

Kühnast
Schriftführer

Anlage 1 (zu TOP 2)

Betreff: *BVG–Informationen*
Datum: *10.09.04, 15:12:00*
Von: *"Huwe, Gerd (VM–V1)" <Gerd.Huwe@BVG.DE>*
An: *"'bvv@stegl–zehl.verwalt–berlin.de'" <bvv@stegl–zehl.verwalt–berlin.de>*

Hallo Herr Konrad,

hier nochmals die gestern genannten Maßnahmen:

Linie X10 und 110 verkehren weiterhin bis zum S+U Zoologischer Garten

Linie X83 bleibt zwischen Dahlem und Lichtenrade auf der bisherigen Linie
bestehen und verkehrt an allen Wochentagen zwischen U Dahlem Dorf und Nahmitzer Damm in der Hauptverkehrszeit (HVZ) und in der Nebenverkehrszeit
(NVZ)
Montag-Freitag im 5-Minuten-Takt.

Linie 101 bekommt zusätzliche Schülerfahrten zwischen Rathaus Zehlendorf und
der Endstelle Sachtlebenstraße.

Linie 116 verkehrt Samstag und Sonntag im 20-Minuten-Takt.

Linie 118 verkehrt auf der Potsdamer Chaussee zwischen Wasgensteig und S.
Wannsee in der Hauptverkehrszeit (HVZ) im
10-Minuten-Takt.

Linie 285 bedient durchgehend in einer Linie die Goerzallee und Teltower
Damm/Clayallee.

Für weitere Fragen stehe ich Ihnen auch unter der Rufnr.: 25628326 zur Verfügung.

Viele Grüße

Gerd Huwe

Anlage 2 (zu TOP 4.2)

BA-Flapp

Berlin.de

STADTENTWICKLUNG

ZWEITES GESETZ ZUR RECHTSVEREINFACHUNG UND ENTBÜROKRATISIERUNG

Aus der Sitzung des Senats am 22. Juni 2004:

Der Senat hat auf Vorlage der Senatorin für Stadtentwicklung, Ingeborg Junge-Reyer, und des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Frauen, Harald Wolf, den Entwurf des Zweiten Gesetzes zur Rechtsvereinfachung und Entbürokratisierung zur Kenntnis genommen. Die Vorlage wird dem Rat der Bürgermeister zur Stellungnahme zugeleitet.

Dieses Artikelgesetz ändert das Berliner Straßengesetz, die Bauordnung für Berlin und das Gesetz zum Schutz von Denkmalen in Berlin, das Gesetz über Gebühren und Beiträge, die Umweltschutzgebührenverordnung, den Zuständigkeitskatalog Ordnungsaufgaben, die Verordnung über die Zuständigkeit für einzelne Bezirksaufgaben und die Gaststättenverordnung. Darüber hinaus wird das Stadtreinigungsgesetz aufgehoben.

Für das Berliner Straßengesetz bedeutet dies z. B. eine Vereinfachung der Regelungen der Antragstellung und die Bündelung zuständiger Ämter. Mussten bisher für den überwiegenden Teil der Anträge die straßenrechtliche Sondernutzungserlaubnis bei der Straßenbaubehörde beim Bezirk und die straßenverkehrsrechtliche Erlaubnis bei der Straßenverkehrsbehörde eingeholt werden, sind die Anträge zukünftig nur noch bei der Straßenverkehrsbehörde zu stellen. Das betrifft z. B. Straßenfeste, Musikveranstaltungen und Umzüge, aber auch Sportveranstaltungen und Märkte.
Stehen zukünftig öffentliche Interessen der Sondernutzung nicht entgegen, soll in der Regel die Genehmigung erteilt werden, d. h. die Erlaubnis wird damit die Regel, die Versagung ist nur noch in bestimmten Einzelfällen möglich.
Die bisher erhobenen privatrechtlichen Entgelte werden zukünftig durch Gebühren ersetzt, die unter Zugrundelegung fester Messgrößen wie Quadratmeter und Zeitdauer berechnet werden. Die bisher bei Entgeltberechnungen zugrunde gelegten Nettoumsätze bei Handelstätigkeit wird es zukünftig nicht mehr geben.

Mit der Übernahme des letzten im Stadtreinigungsgesetz geregelten Sachverhaltes des „ wilden Abstellens" von Fahrzeugen ohne gültige amtliche Kennzeichen auf öffentlichem Straßenland in den neuen § 14 des Berliner Straßengesetzes wird die Aufhebung des Stadtreinigungsgesetzes möglich.

Darüber hinaus soll zur Vermeidung doppelter Baumaßnahmen und erhöhter Kostenbelastung den Versorgungsunternehmen grundsätzlich gestattet werden, nach Baumaßnahmen einen ordnungsgemäßen Zustand der Straße durch qualifizierte Fachfirmen wieder herzustellen. Desgleichen wird den Anliegern in Zukunft gestattet werden, mit Zustimmung des Straßenbaulastträgers die Herstellung oder Änderung von Gehwegüberfahrten selbst ausführen zu lassen.

Zur Vermeidung zusätzlicher Behinderungen beim Aufbau des Mobilfunknetzes wird auch die Bauordnung für Berlin entsprechend geändert. Eine Nutzungsänderung bei Errichtung, Änderung oder Herstellung von Mobilfunksendeanlagen wird zukünftig baugenehmigungsfrei sein.

Das Gesetz zum Schutz von Denkmalen in Berlin wird in einigen Teilen geändert, um Verwaltungsverfahren und -fristen zu beschleunigen. So werden z. B. Einvernehmensfristen verkürzt und die Verpflichtung der Behörde zur Bestätigung der Ordnungsmäßigkeit des Antrages entfällt. Andere denkmalrechtliche Vorschriften werden ganz entfallen, z. B. die Genehmigungspflicht bei einer Nutzungsänderung.